

Niederschrift HFA/028/2012

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine
am 18.09.2012

Die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Angelika Kordfelder

Bürgermeisterin

Mitglieder:

Herr Udo Bonk	CDU	Ratsmitglied
Herr Detlef Brunsch	FDP	Ratsmitglied
Frau Peggy Fehrmann	Fraktionslos	Ratsmitglied
Herr Jürgen Gude	CDU	Ratsmitglied
Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied
Frau Marianne Helmes	CDU	Ratsmitglied
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied
Herr Paul Jansen	CDU	Ratsmitglied
Herr Günter Löcken	SPD	Ratsmitglied
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Niehues	CDU	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	Alternative für Rheine	Ratsmitglied
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Jürgen Roscher	SPD	Ratsmitglied
Herr Falk Toczkowski	SPD	Ratsmitglied

Vertreter:

Herr Antonio Berardis	SPD	Vertretung für Herrn Karl-Heinz Brauer
Herr Eckhard Roloff	SPD	Vertretung für Herrn

Herr Josef Wilp

CDU

Udo Mollen

bis 17:04

Vertretung für Herrn
Dieter Fühner

Gäste:

Herr Dr. Manfred Janssen

Geschäftsführer der
EWG

Herr Kai Kröger

Mitarbeiter der EWG - zu
TOP 16

Herr Dr. Ralf Schulte-de Groot

Geschäftsführer Stadt-
werke

Verwaltung:

Herr Jan Kuhlmann

Erster Beigeordneter

Herr Axel Linke

Beigeordneter

Herr Werner Lütke-meier

Stadtkämmerer

Herr Heinz Hermeling

Fachbereichsleiter FB 7

Frau Wiebke Gehrke

Pressesprecherin

Herr Michael Kramer

Fachbereichsleiter FB 3

Herr Werner Schröer

Fachbereichsleiter FB 5

Herr Jürgen Wullkotte

Fachbereichsleiter FB 4

Frau Julia Kersting

Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Karl-Heinz Brauer

SPD

Ratsmitglied

Herr Dieter Fühner

CDU

Ratsmitglied

Herr Udo Mollen

SPD

ab 17:05 Uhr

Frau Dr. Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 27 über die öffentliche Sitzung am 28.08.2012

0:00:39

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt worden seien. Ein besonderer Bericht zu Anfragen und Anregungen sei nicht erforderlich, da die Verwaltung hierzu bereits in der Sitzung Stellung genommen habe

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 28.08.2012 gefassten Beschlüsse

0:01:00

3. Informationen

**3.1. Optimierung der Hausmeisterdienste
Antrag der CDU- und FDP-Fraktion**

0:01:17

Herr Hermeling bezieht sich auf den Antrag der CDU- und FDP-Fraktion vom 9. August 2012 (Anlage 1 der Niederschrift) und trägt folgende Information vor:

Standsbericht zum Projekt „Optimierung der Hausmeisterdienste“

1. Antrag der CDU – Fraktion und der FDP – Fraktion vom 09. 08. 2012

Auf den Antrag der CDU – Fraktion und der FDP – Fraktion vom 09. 08. 2012 hin wurde mit diesen Fraktionen Einvernehmen darüber erzielt, dass vor der beantragten Beschlussfassung zunächst ein umfassender mündlicher Sachstandbericht im HFA gegeben werden soll.

2. Historie - Ausgangssituation

Die Optimierung der Hausmeisterdienste steht seit vielen Jahren in verschiedenen Haushaltskonsolidierungsrunden immer wieder im Fokus. Stichworte bzw. vermeintliche Lösungsansätze wie „Hausmeisterpools“, flexibler Personaleinsatz, Reduzierung der Hausmeistertätigkeiten auf ihre originären Aufgaben (was auch immer das bedeutet), etc. haben bisher zwar zu Verunsicherungen bei den Betroffenen geführt, jedoch trotz verschiedener Versuche nicht zu greifbaren Ergebnissen geführt.

Vor diesem Hintergrund wurde durch den Verwaltungsvorstand das aktuelle Projekt „Optimierung der Hausmeisterdienste“ unter der Federführung des Fachbereiches 7 „Interner Service“ mit folgenden Projektelementen beschlossen:

Lenkungsgruppe

- Bürgermeisterin
- VV II
- FBL 1
- FBL 5
- FBL 7
- Personalrat
- Gleichstellungsbeauftragte
- 2 Hausmeister
- 2 Schulleiter/innen

Projektgruppe

- Fachbereichsleiter 7 „Interner Service“
- Stellv. Fachbereichsleiter 7
- Controllerin Fachbereich 7
- Zuständige Sachbearbeiterin der Schulverwaltung des Fachbereichs 1
- Zuständiger Sachbearbeiter der zentralen Gebäudewirtschaft des Fachbereiches 5
- 3 Vertreter/innen des Personalrates, darunter 2 Hausmeister
- 2 Controller anderer Fachbereiche

3. Projektverlauf

- Am 4. März 2009 fand die Auftaktveranstaltung mit allen Beteiligten statt.
Es wurden die weiteren Schritte des Projektes vorgestellt und diskutiert.
- Details wurde anschließend in zahlreichen Projektgruppensitzungen erörtert, insbesondere die Tätigkeitskataloge für die von den Hausmeistern wahrgenommenen Tätigkeiten
- Im Jahre 2009 fanden 3 Wahlen statt (Europawahl im Juli, Kommunalwahl im August, Bundestagswahl im September)
- Hierdurch konnte das Projekt nicht in der gewünschten Form weitergeführt werden, da die beteiligten Mitarbeiter/innen sich vorrangig um die Wahlen kümmern mussten
- Im Frühjahr 2010 wurden die Arbeiten am Hausmeisterprojekt wieder aufgenommen
- Als zentrales Element wurde vom 6. 9. bis 1. 10. 2010 eine Vollerhebung aller Tätigkeiten aller Hausmeister durchgeführt
- Die Auswertung dieser umfangreichen Daten war sehr zeitaufwändig und verzögerte sich immer wieder durch unvorhergesehene Probleme hinsichtlich der personellen Verfügbarkeit wesentlicher Projektbeteiligter
- Die im Rahmen dieser täglichen Arbeitsaufzeichnungen gewonnenen Daten, Fakten und Erkenntnisse wurde in mehreren Projektgruppensitzungen diskutiert
- Es zeigte sich die Notwendigkeit, ergänzende Informationen zu erheben und Detailgespräche mit einzelnen Hausmeistern zu führen
- So entstand ein Gesamtbild aller durch die Hausmeister wahrzunehmenden Tätigkeiten und die hiermit verbundenen Zeitaufwände
- Zusammenfassend konnte aufgrund dieser Erhebung festgestellt werden, dass bis auf einige relativ unwesentliche offene Fragen ein Gesamtüberblick des Status Quo der Tätigkeiten der Hausmeister erreicht werden konnte
- Aus diesem IST – Zustand konnten jedoch noch keine unmittelbaren Schlüsse für die zukünftige Organisation bzw. Personalausstattung der Hausmeisterdienste gezogen werden
- Dazu waren noch intensive Diskussionen durch die Projektgruppe erforderlich

4. KGSt – Bericht 5/2010 „Hausmeisterdienste in Kommunen“ (Herbst 2010)

Während der Diskussionsphase in der Projektgruppe über die bei der Stadt Rheine anzustrebenden Personalstandards veröffentlichte die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) Im Herbst 2010 einen Bericht, in dem die Ergebnisse einer bundesweiten Untersuchung von insgesamt 170 Schulsystemen veröffentlicht wurden.

Im Jahre 2011 wurde dieser KGST – Bericht daraufhin ausgewertet, ob er für die Stadt Rheine verwendbare Ergebnisse enthielt.

Diesbezüglich konnte bis heute leider keine einvernehmliche Sichtweise in der Projektgruppe erreicht werden.

Daher konnte die Projektgruppe der Lenkungsgruppen bisher noch keine Vorschläge unterbreiten.

5. Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) aus dem Jahre 2010

Parallel zu den o. g. Aktivitäten hat die GPA bekanntlich im Jahre 2010 ihren Prüfbericht der Jahre 2006 bis 2009 vorgelegt und bei der Stadt Rheine ein Einsparpotenzial von 288.000 €/Jahr bei der Organisation des Hausmeisterdienstes festgestellt.

6. Weiteres Vorgehen

Es ist nunmehr geplant, bis zum Ende des Jahres 2012 die Diskussionen im Rahmen der Projektorganisation zu Ende zu führen, um möglichst zum Beginn des Jahres 2013 das Ergebnis dieses Projektes im Haupt- und Finanzausschuss vorzustellen und ggf. die notwendigen Beschlüsse herbeizuführen.

Herr Bonk bemängelt, dass es bisher kein Feedback zur Optimierung der Hausmeisterdienste gegeben habe. Er bittet darum, dass Anfang 2013 das Projekt verabschiedet werde. Herr Bonk bittet um Zuleitung des KGSt-Berichts.

Herr Hermeling sagt zu, das Gutachten online zur Verfügung zu stellen.

**3.2. Vorziehen der Investitionen für Marktplatz, Marktstraße und Thie sowie Begrünung der Poststraße
Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

0:20:36

Herr Kuhlmann bezieht sich auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN (Anlage 2 der Niederschrift) und informiert, dass er das Thema gerne in der morgigen Stadtentwicklungsausschusssitzung besprechen würde.

Herr Reiske gibt an, dass er mit dem Vorgehen einverstanden sei; außerdem bittet er darum, dass der Bereich von der Münsterstraße bis zum Markt mitaufgenommen werde.

Herr Roscher macht deutlich, dass es unstrittig sei, dass auf dem Marktplatz und auf dem Thie Entwicklungen stattfinden müssen; in welcher Reihenfolge es finanziell möglich sei, müsse man sehen.

Herr Bonk bemängelt, dass der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN an alle Fraktionen, nur nicht an die Fraktion Alternative für Rheine, gegangen sei. Dies sei ein undemokratisches Verhalten. Herr Bonk schlägt vor, die Anträge ansonsten an die Verwaltung zu schicken, die diese dann an alle Fraktionen weiterleite.

Frau Dr. Kordfelder weist darauf hin, dass es Standard sei, dass die Verwaltung die Anträge dann auch an die Fraktionen und das fraktionslose Mitglied des Rates weiterleite.

3.3. Vergabe einer Machbarkeitsstudie für eine Fachhochschule in Rheine Antrag der CDU-Fraktion

0:20:36

Frau Dr. Kordfelder bezieht sich auf den Antrag der CDU-Fraktion (Anlage 3 der Niederschrift) zum Thema „Vergabe einer Machbarkeitsstudie für eine Fachhochschule in Rheine“ und berichtet, dass man in der Fraktionsvorsitzendenbesprechung versucht habe, das Thema „Bildungspolitische Aspekte“ weiter in den Mittelpunkt zu stellen. Frau Dr. Kordfelder informiert, dass sie die Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen wegen eines Gespräches zum Thema „Konversion - Entwicklung der Bundeswehrgelände“ kontaktiert habe. Es gebe allerdings noch keine Antwort dazu. Angekündigt sei jedoch, dass man die Möglichkeit bekomme, am Rande eines Plenargespräches mit der Ministerpräsidentin sprechen zu können. In diesem Zusammenhang werde man das Thema „Hochschuleinrichtungen in Nordrhein-Westfalen“ platzieren können.

Frau Dr. Kordfelder informiert, dass man zum Thema „Vergabe einer Machbarkeitsstudie für eine Fachhochschule in Rheine“ zunächst die Möglichkeiten der Fördermittel, ob auf EU-Ebene oder Euregio-Ebene, recherchieren möchte, um dann einen Vorschlag machen zu können.

Herr Bonk bezieht sich auf das Schreiben an die Ministerpräsidentin und teilt mit, dass man sich wünschen würde, dass die Ministerpräsidentin vor Ort mit den Betroffenen spricht und sich vor Ort über die Sorgen und Nöte informiert. Herr Bonk bemängelt, dass Frau Dr. Kordfelder in dem Schreiben an die Ministerpräsidentin von sich aus den Vorschlag gemacht habe, dass man bereit sei, nach Düsseldorf zu kommen. Sicherlich sei man bereit, wenn es nicht anders möglich sei; aber es wäre auch optisch für die Bürgerschaft ein gutes Signal, wenn die Ministerpräsidentin in diese strukturschwache Region käme.

Herr Bonk macht deutlich, dass der Antrag als eingebracht betrachtet und in einer Ratssitzung darüber gesprochen werden soll. Natürlich könne recherchiert werden, ob die Möglichkeit bestehe, grenzüberschreitende Fördermittel zu bekommen. Herr Bonk weist darauf hin, dass Dr. Markus Pieper dazu geraten habe, den Antrag zu stellen.

Herr Reiske gibt zu bedenken, dass Frau Kraft Anfang des Jahres nach Rheine komme werde.

Herr Roscher fragt an, ob man, bevor Frau Kraft nach Rheine komme, den Regierungspräsidenten aus Münster nach Rheine einladen könne, damit er sich als Bündelungsbehörde ein Bild machen könne.

Frau Dr. Kordfelder informiert, dass bereits 2 Einladungen an den Regierungspräsidenten erfolgt seien.

3.4. Einführung eines Sozialtickets Antrag der SPD-Fraktion

25:56

Herr Kuhlmann bezieht sich auf den Antrag der SPD-Fraktion vom 30. Juni 2012 (Anlage 4 der Niederschrift) und verliest folgende Information:

Sachstandsbericht zum Antrag der SPD-Fraktion auf Einführung eines Sozialtickets im Gebiet der Stadt Rheine

Die SPD-Fraktion hat mit Datum vom 30.06.2012 den Antrag zur Einführung eines Sozialtickets gestellt.

Die Verwaltung hat diesen Antrag an die Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine weitergeleitet.

Hierzu ist von der VSR die folgende Stellungnahme eingegangen:

„die VSR hat den Antrag zur Einführung eines Sozialtickets in Rheine am 26.Juli 2012 als Anfrage an Herrn Breuker, Prokurist der WVG weitergeleitet. Wir haben Herrn Breuker, in seiner Funktion als Betriebsführer für die Verkehre in Rheine, gebeten, zum Sachverhalt im Tarifausschuss der Verkehrsgemeinschaft Münsterland vorzutragen und einen Vorschlag zum Verfahrensablauf und den zur Verfügung stehenden Tarifen zu erstellen.

Sobald der VSR die entsprechenden Informationen aus dem Tarifausschuss vorliegen, werden wir auf dieser Basis die möglichen Alternativen im Beirat "Verkehr" vorstellen und beraten. Das Ergebnis, bzw. die Beschlussfassung werden wir dann als mögliche Vorlage für den HFA und/oder den Rat der Stadt Rheine an die Stadtverwaltung weiterleiten.

Folgender Ablauf wird von der VSR vorgeschlagen:

- Sachverhalt im Tarifausschuss der Verkehrsgemeinschaft Münsterland vortragen
- Mögliche Alternativen im Beirat "Verkehr" vorstellen und beraten
- Ergebnis/ Beschlussfassung an die Verwaltung der Stadt Rheine weiterleiten
- Erstellung einer Vorlage für den HFA / Rat der Stadt Rheine“

Stellungnahme der Verwaltung:

Eine HFA/Ratsvorlage kann erst erstellt werden, wenn weitere Stellungnahmen vorliegen.

Herr Roscher fragt an, ob es einen Zeitplan gebe.

Herr Kuhlmann informiert, dass man voraussichtlich zur übernächsten Ratssitzung eine Rückmeldung geben könne.

3.5. Liquiditätslage der Stadt Rheine

0:28:03

Herr Lütkemeier informiert, dass man mit heutigem Stand zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit einen Liquiditätskredit in Höhe von 11,4 Mio. Euro aufgenommen habe. Bei der letzten Haupt- und Finanzausschusssitzung am 28. August 2012 lag er bei 5,0 Mio. Euro.

Herr Lütkemeier berichtet, dass es zur Ausführung des städtischen Haushalts in diesem Jahr gegenüber seiner Berichterstattung in der letzten Haupt- und Finanzausschusssitzung am 28. August 2012 keine Veränderungen gebe.

3.6. Fahrtkostenübernahme für eine Bürgerin der Stadt Rheine

0:28:59

Herr Reiske wünscht Informationen zur Fahrtkostenübernahme zum aktuellen Fall einer Bürgerin der Stadt Rheine mit Down-Syndrom.

Herr Linke weist darauf hin, dass er im öffentlichen Teil der Sitzung keine Ausführungen zur Person geben werde.

Herr Reiske merkt an, dass von Herrn Linke gesagt worden sei, dass die Eltern des Kindes nicht die Absicht gehabt hätten, ihr Kind in Hauenhorst in der Schule anzumelden. Diese Aussage sei falsch. Herr Reiske habe mit der Mutter gesprochen. Die Eltern haben versucht, ihr Kind im letzten Jahr in Hauenhorst in der Schule anzumelden.

4. Fortführung der Teilnahme am European Energy Award Vorlage: 223/12

0:30:06

Herr Schulte-de Groot verweist auf die Vorlage.

Herr Bonk teilt mit, dass die CDU-Fraktion der Vorlage zustimmen werde.

Herr Reiske merkt an, dass die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN der Vorlage ebenfalls zustimmen werde. Die Stadt Rheine habe an dieser Stelle und im nächsten Tagesordnungspunkt in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte gemacht. Der Bereich der Verkehrspolitik müsse besonders hervorgehoben werden, insbesondere die Förderung des Radfahrverkehrs. Speziell bei dem Thema der Ampelschaltung gebe es dringenden Handlungsbedarf.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt dem Energiepolitischen Arbeitsprogramm EPA sowie den darin vorgestellten Maßnahmen zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**5. Organisation Masterplan 100 % Klimaschutz
- Projektstruktur und Produktverantwortlichkeit
Vorlage: 305/12**

0:32:16

Herr Schulte-de Groot weist darauf hin, dass die Projektstruktur erneuert werden müsse, da es Förderbestandteil und Förderbedingung sei. Es gebe eine gewisse Zweiteilung, da die Leitstelle Klimaschutz bei den Technischen Betrieben und der Klimaschutzmanager bei der Stadtverwaltung angesiedelt seien. Die Vorlage sei einvernehmlich erstellt worden.

Außerdem werde eine effiziente, ressourcenschonende Struktur installiert. Daher werde der Haupt- und Finanzausschuss personenidentisch mit etwas personellem Zuwachs zum Klimaschutzrat installiert.

Herr Bonk erläutert, dass der Vorlage zu entnehmen sei, dass das Arbeitsgremium notwendig sei; daher werde man der Vorlage zustimmen.

Herr Toczowski fragt an, woran es liege, dass es die Veränderung vom Klimaschutzrat hin zur neuen Organisation gebe, ob ein rein personelles Problem der Hintergrund sei.

Herr Holtel merkt an, dass es sich um ein schlagkräftiges, unbürokratisches Team handele, unabhängig davon, wer der Arbeitgeber gewesen sei und welche Aufgaben es gegeben habe.

Herr Reiske hält fest, dass der Klimaschutzrat thematisch aufgewertet werde dadurch, dass der Haupt- und Finanzausschuss durch weitere Personen aufgestockt werde.

Herr Ortel macht deutlich, dass die Fraktion Alternative für Rheine dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Herr Ortel bemängelt, dass dieses zusätzliche Gremium in der gedachten Konstellation ein weiterer Mosaikstein in der Gesamtentwicklung sei, der in die Kernarbeitszeit der Ehrenamtlichen eingreife. Für diejenigen, die neben dem Ehrenamt berufstätig seien, werde es immer schwerer, das Ehrenamt auszuführen.

Herr Roscher erläutert, dass der Vorschlag, mit der zusätzlichen bürokratischen Hürde umzugehen, sehr pragmatisch sei. Des Weiteren werde ein Signal verstärkt, dass zwischen der Politik, der Verwaltung, den Technischen Betrieben und den Stadtwerken Geschlossenheit darin bestehe, in diesem Feld voranzukommen und ambitionierte Ziele zielgerichtet verfolgen zu wollen.

Herr Schulte-de Groot erläutert, dass es die gemeinsame, auch von den Teilnehmern geteilte Auffassung gewesen sei, dass es im Rahmen des IKKK einen Beirat gegeben habe, bei dem die Schlagkräftigkeit nicht gegeben war. Man habe dann darüber nachgedacht, wie man das Gremium verschlanken, andererseits aber auch schlagkräftiger machen und es im Sinne des Fördermittelgebers dort platzieren könne, wo es eine höhere Gewichtung bekomme. Daraufhin sei man dazu gekommen, es in den Haupt- und Finanzausschuss zu integrieren, um nicht noch ein weiteres Gremium zu schaffen, welches weitere Arbeitszeit beansprucht.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst folgende Beschlüsse:

- 1.) Der HFA stimmt der Bildung eines Klimaschutzrates zu. Der Klimaschutzrat berät und entscheidet über den technischen Fahrplan des „Masterplans 100 % Klimaschutz“.
- 2.) Der HFA stimmt dem vorgesehenen Zeit- und Kostenplan des "Masterplans 100 % Klimaschutz" zu.
- 3.) Der HFA stimmt der Durchführung einer gemeinsam geplanten Auftaktveranstaltung Masterplan zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**6. Neufassung der Vergnügungssteuersatzung
Vorlage: 315/12**

0:42:30

Herr Jansen macht deutlich, dass die CDU-Fraktion es begrüße, dass der Höchstsatz für die Vergnügungssteuer veranschlagt werde, auch um ein Zeichen für die Bekämpfung von Spielsucht zu setzen.

Herr Roscher gibt an, dass die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Er weist darauf hin, dass man dies auch in Zukunft zur Eindämmung von Spielsucht weiter beobachten werde und wenn es die Möglichkeit gebe, die Steuersätze weiter anzuheben, dieses auch beantragen würde.

Herr Ortel teilt mit, dass er dem Beschlussvorschlag zustimmen werde.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, die als Anlage 1 der Vorlage beigefügte Neufassung der Satzung über die Erhebung der Vergnügungssteuer in der Stadt Rheine (Vergnügungssteuersatzung) zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7. Umbau Bürgerbüro
Vorlage: 310/12**

0:45:36

Herr Bonk weist darauf hin, dass die Vorlage nachgebessert worden sei und dass umfassend auf Alternativen eingegangen worden sei. Man habe sich mit den Verantwortlichen unterhalten und sei davon überzeugt worden, dass die Alternativen zu Verschlechterungen führen würden. Festzustellen sei, dass erhebliche Kosten durch den Umbau entstehen werden; man sei aber der Meinung, dass etwas zur

Sanierung der Rissbildung getan werden müsse. Wenn der Umbau des Bürgerbüros verschoben werden würde, müssten die Mitarbeiter 2-mal umziehen. Das sei nicht zumutbar. Es müsse jedoch deutlich gesagt werden, dass es keine Luxus-sanierung werde. Der Umbau des Bürgerbüros sei auch im Sinne der Mitarbeiter und nicht nur im Sinne der Bürger sinnvoll. Festzustellen sei, dass in der Vorlage eine Gesamtkonzeption fehle. Fraglich sei, ob zukünftig beispielsweise eine Dachsanierung oder energetische Erneuerung vonnöten sei. Die CDU-Fraktion bittet darum, dass ein Zeitraster mit Kostenschätzung erstellt werde, welches beispielsweise im Bauausschuss abgearbeitet werde.

Herr Holtel macht deutlich, dass die Maßnahme aus verschiedenen Gründen notwendig sei. Die zusätzlichen Informationen der Verwaltung seien gut. Sie stellen einen Zusammenhang her.

Herr Reiske informiert, dass die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN dem Beschlussvorschlag zustimmen werde.

Herr Roscher teilt mit, dass die SPD-Fraktion sich bereits bei der ersten Diskussion für die Durchführung der Maßnahme ausgesprochen habe. Das Gesamtgebäude in den Fokus zu nehmen, sei sinnvoll. Die SPD-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Herr Ortel erläutert, dass die Fraktion Alternative für Rheine dem Beschlussvorschlag zustimmen werde, insbesondere durch die in der Vorlage ausdifferenzierte Erklärung des Gesamtbedarfs. Herr Ortel bemängelt die Entscheidungssituation, vor die man gestellt werde. Für sich genommen sei das Projekt ohne Wenn und Aber ein sinnvolles und notwendiges Projekt. Man dürfe dabei aber nicht außer Acht lassen, dass man dauernd in jeder einzelnen Entscheidungssituation vor solche sinnvollen und notwendigen Projekte gestellt werde. In der letzten Schulausschusssitzung habe man am Rande mitbekommen, dass man auch im Bereich der Schulen um erhebliche Investitionen nicht herumkommen werde. Herr Ortel merkt an, dass er gerne ein Wort des Kämmerers dazu gehört hätte.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss stellt den Raumbedarf für die Umbau- und Sanierungsarbeiten des Bürgerbüros entsprechend der Begründung gemäß Buchstabe A) Ziffer 2 fest und empfiehlt dem Bauausschuss, die Maßnahme in den Haushaltsjahren 2013 und 2014 umzusetzen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Vermarktungsgerechte Herrichtung von Flächen im GVZ Vorlage: 322/12

0:57:23

Herr Niehues merkt an, dass ihm das Thema der Flächenauffüllung Sorge bereite. Die Auffüllung der Flächen müsse mit einer entsprechenden Verdichtung der aufgefüllten Böden einhergehen, ansonsten entstehen später erhebliche Probleme in der Statik, und es entstehe möglicherweise eine Rissbildung. Herr Niehues wünscht, dass sichergestellt werde, dass im Rahmen der Ausschreibung auf die

Problematik der sachgerechten Verdichtung hingewiesen werde, damit man möglicherweise spätere Haftungsansprüche, die seitens der Bauherren an die Stadt gerichtet werden, weitergeben könne. Das Thema der Verdichtung sei hier ganz deutlich in der Risikoanalyse aufzuzeigen.

Herr Schröder informiert, dass im obersten Absatz auf Seite 4 der Vorlage angegeben sei, dass ein externer Gutachter die Verdichtung beaufsichtigen solle.

Herr Niehues bittet, dass dieses besonders kontrolliert werde.

Herr Brunsch bemängelt, dass in der Vorlage die Einnahmeposition fehle. Es gebe Mutterbodenabtrag und Waldrodung. Es sei nicht nachvollziehbar, dass nicht durch die Vermarktung von Holz und gegebenenfalls durch Verkauf von Mutterboden Einnahmen erwirtschaftet werden können.

Herr Kuhlmann merkt an, dass der Verkauf sicherlich berücksichtigt werden könne. Den Boden könne man jedoch nicht als Mutterboden verkaufen. Herr Kuhlmann bezieht sich auf die Waldrodung und informiert, dass man die Positionen gegengerechnet habe. Man könne heutzutage eine Fläche ohne Kosten roden lassen, da der Holzpreis die Rodungskosten auffange.

Beschluss:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt auf Empfehlung des Bauausschusses, den Fachbereich 5/die TBR zu beauftragen, Verhandlungen zur Übernahme von tragfähigen Füllböden für die Auffüllung für das Gewerbegebiet GVZ mit dem Wasserstraßen-Neubauamt aufzunehmen.
2. Die Kosten der Herrichtung werden auf den Verkaufspreis der aufgefüllten Gewerbegrundstücke aufgerechnet.
3. Das Projekt ist dem Aufsichtsrat der EWG zur weiter gehenden Befassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. Haushaltskonsolidierung Fachbereich 5 - Planen und Bauen - öffentlichen Grünflächen Zwischenbericht zur Reduzierung des Unterhaltungsaufwands für Park- und Gartenanlagen Vorlage: 007/12

1:00:51

Herr Holtel teilt mit, dass ihm durch die Technischen Betriebe mitgeteilt worden sei, dass es sich bei den 440.000,00 €, die im Grünbereich entstehen, um Kosten handle, die für die Parks aufgewandt werden. Bei einer solchen Summe müsse darüber nachgedacht werden, wie die Kosten relativiert werden können. Der Haupt- und Finanzausschuss müsse sich intensiv damit beschäftigen. Es wäre sinnvoll, nicht nur Reinigungsintervalle in den Schulen zu verändern, sondern auch die Intervalle bei der Pflege der Parks. Man müsse auch mit den Vereinen sprechen und ihnen das Verfahren aufzeigen.

Herr Kuhlmann erläutert, dass die Gemeindeprüfungsanstalt gesagt habe, dass man 600.000,00 € einsparen könne. Es gebe aber nur einen Aufwand von 24.000,00 €. Die 600.000,00 € seien nicht realistisch. In den 24.000,00 € Aufwand sei das Straßenbegleitgrün nicht enthalten. Herr Kuhlmann weist darauf hin, dass man sich mit den ehrenamtlich Tätigen und den Vereinen zusammensetzen müsse. Es sei keine Frage der Technischen Betriebe, denn diese führen nur aus. Es sei eine Frage der Verwaltung in der Diskussion mit den Ehrenamtlichen und der Politik.

Herr Roscher merkt an, dass die Parks Aushängeschilder der Stadt seien und als Naherholungsgebiete für die Bürger dienen. Auf der anderen Seite müssten Kosten reduziert werden, wo es möglich ist. Die SPD-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Herr Bonk erläutert, dass man mit einer Entscheidung nicht bis 2014 warten wolle. Es sei richtig, dass zunächst keine Flächenreduzierung für den Stadtpark und Walshagenpark erfolgen solle. Die derzeitigen Standards können aber aus Kostengründen nicht eingehalten werden. Der Tagesordnungspunkt sollte abgesetzt werden. Im Rahmen der Haushaltsberatungen für 2013 sollte darüber bereits beraten werden. In Zusammenarbeit mit Vereinen, Verwaltung, den Technischen Betrieben und der Politik sollte nach Lösungsansätzen gesucht werden, beispielsweise in Form eines runden Tisches. Die Vereine müssen in die Pflicht genommen werden. Es sollten auch die Kleinflächen in Augenschein genommen werden. Herr Bonk bittet darum, diesen Tagesordnungspunkt abzusetzen.

Herr Bonk antwortet auf Nachfrage von Frau Dr. Kordfelder, dass weitere Wortmeldungen zugelassen werden sollen und man sich über ein weiteres Verfahren einigen solle.

Herr Wilp erläutert, dass die Zahlen der Gemeindeprüfungsanstalt nicht daran hindern sollten, selbst über die eigene Situation nachzudenken. Einiges sei sehr global formuliert worden und nicht auf die eigene Situation abgestimmt. Das eigene Denken sollte nicht ausgeschaltet werden.

Herr Reiske merkt an, dass es wichtig sei, dass man den eigenen Weg finde. Herr Reiske informiert, dass es in Erkelenz die Situation gebe, dass die Grünflächen in private Pflege übertragen worden seien. Herr Reiske stimmt der Aussage von Herrn Bonk zu, dass es zu lange dauern würde, eine Entscheidung erst in 2014 zu fällen.

Herr Ortel weist darauf hin, dass eine Recherche, wie die Grünflächenpflege in anderen Orten gehandhabt werde, wichtig sei. Eine Lösung dürfe nicht auf die lange Bank geschoben werden; es müsse zeitnah konkrete Vorschläge geben.

Herr Roscher erläutert, dass man versuchen könne, schneller eine Lösung zu finden; zur Haushaltsberatung 2013 sei es jedoch nur noch ein halbes Jahr. Er hätte sich lieber ein wenig mehr Zeit gewünscht.

Herr Schulte-de Groot hält fest, dass man die Anregungen gerne aufnehme. Man werde sobald wie möglich verschiedene Szenarien darstellen, durch die man Kosten einsparen könne, sodass es eine Basisgrundlage gebe, über die man entscheiden könne.

Frau Dr. Kordfelder stellt fest, dass der Haupt- und Finanzausschuss dem einstimmigen Beschluss des Bauausschusses nicht folgen werde. Insofern werde die Gesamthematik zur weiteren Beschlussfassung zurück an den Bauausschuss verwiesen. Der Bauausschuss müsse dann einen neuen Beschluss zur Empfehlung an den Haupt- und Finanzausschuss bzw. Rat fassen.

**10. Aufhebung des kw-Vermerkes für die Stelle 5702 "Bodenwertgutachten" im Fachbereich 5
Vorlage: 295/12**

1:18:53

Beschluss:

Der Haupt und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine nach Vorberatung im Bauausschuss, den kw-Vermerk für die Stelle 5702 „Bodenwertgutachten“ zum 1. Juni 2013 aufzuheben und den Stellenplan entsprechend zu ändern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**11. Haushaltskonsolidierung - Handlungsempfehlung der Gemeindeprüfungsanstalt für den Bereich Sport im Gutachten "Grünflächen"
Vorlage: 330/12**

1:19:36

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Rheine beschließt auf Empfehlung des Sportausschusses, den Handlungsansatz zum Erstellen eines Konzeptes zur Bedarfs- und Entwicklungsplanung unter Einbeziehung der demographischen Entwicklung – Umrüstung von Rasen- auf Kunstrasenplätze und/oder Überführung in eine andere Nutzung – nicht weiterzuverfolgen.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen
 1 Stimmhaltung

12. Überplanmäßige Mittelbereitstellung für den Bau eines Kunstrasens im Rahmen von Umschichtungen
Vorlage: 326/12

1:20:37

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine

1. im Jahr 2012 überplanmäßige Mittel in Höhe von 80.000,00 € durch Umschichtung aus dem Ansatz für Investitionskostenzuschüsse an Sportvereine (= Ergebnisplan im Produkt 1501/Sportförderung) bereitzustellen,
2. im Jahr 2012 überplanmäßige Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 312.000,00 € aus dem Budget des Fachbereiches 5/Planen und Bauen umzuschichten in das Budget des Sportservice,
3. im Rahmen der Haushaltsplanberatungen für das Jahr 2013 den Ansatz für Investitionskostenzuschüsse an Sportvereine um 100.000,00 € zu reduzieren,
4. die Finanzierungskosten in Höhe von 15.900,00 € für überplanmäßige Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 212.000,00 € ab dem Jahr 2013 durch Veranschlagung von erhöhten Nutzungsentgelten für den Fußballkunstrasenplatz im Haushalts- und Finanzplan in voller Höhe zu refinanzieren.

Abstimmungsergebnis:

18	Ja-Stimmen
1	Stimmenthaltung

13. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss

1:21:18

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass mit Ausnahme von 3 Eingaben nach § 24 GO eines Bürgers, dem absprachegemäß mit Schreiben vom 29. August 2012 mitgeteilt wurde, dass die Stadt Rheine aufgrund seiner zahlreichen Eingaben nicht mehr darauf reagieren werde, keine weiteren Eingaben vorliegen.

14. Einwohnerfragestunde

1:21:35

Es folgen keine Wortmeldungen.

15. Anfragen und Anregungen

15.1. Investitionen im Bereich Auf dem Thie, Anfrage von Herrn Reiske

1:21:45

Herr Reiske fragt an, ob es richtig sei, dass im Bereich Auf dem Thie in Kürze Investitionen für Ausbesserungsarbeiten oder endgültige Arbeiten vorgenommen werden.

Herr Kuhlmann informiert, dass am 25. September 2012 eine Bürgerveranstaltung zum Thema Innenstadt geplant sei. Im Bauausschuss habe man eine Prioritätenreihenfolge erstellt, in der der Bereich Auf dem Thie vorkomme. Es gebe sicherlich auch gewisse Vorplanungen; die Bürgerveranstaltung werde aber abgewartet, um zu schauen, was die Bürger möchten.

15.2. Soziale Stadt Dorenkamp, Anfrage von Herrn Bonk

1:23:17

Herr Bonk fragt an, ob bei dem Projekt „Soziale Stadt Dorenkamp“ alles planmäßig verlaufe oder ob es Probleme und ob es ein Signal gebe, wann sich der Arbeitskreis zusammensetze.

Herr Kuhlmann informiert, dass das Problem sei, dass das Land NRW derzeit keinen Haushalt habe. Am 14. Dezember 2012, so hofft man, soll der Haushalt verabschiedet sein. Erst dann können die Genehmigungen und Förderungen erteilt werden. Herr Kuhlmann weist darauf hin, dass er in engem Kontakt zu Frau Nakielski stehe. Frau Nakielski habe gesagt, dass der erklärte Wille darin bestehe, noch in diesem Jahr in die Förderung für Rheine/Dorenkamp einzusteigen. Herr Kuhlmann weist darauf hin, dass vorab keine Schritte eingeleitet werden sollten, die Geld kosten. Die Ausschreibung sei auf den Weg gebracht. Es haben sich 5 Büros beworben. Auch das Teilraumgutachten „Wohnen“ sei in Auftrag gegeben worden.

Ende des öffentlichen Teils:

18:31 Uhr

Dr. Angelika Kordfelder
Bürgermeisterin

Julia Kersting
Schriftführer